



Fraktion im Beirat Walle

Die Arbeitsweise von Beirat und Ortsamt.

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle setzt sich dafür ein, dass als Leitlinie die relevanten gesetzlichen und ordnungsrechtlichen Vorschriften im Zusammenhang mit der Beiratsarbeit eingehalten werden. Der Umgang mit abweichenden Meinungen soll auf sachlicher und respektvoller Ebene erfolgen. Auskünfte, die der Klärung der Sachverhalte dienen, sollen einer Dialogverweigerung vorgezogen werden. Kosten- und zeitintensive gerichtliche Auseinandersetzungen sollen möglichst, bei unvereinbaren Gegensätzen mit Hilfe einer Mediation durch geeignete außenstehende Personen, vermieden werden.

Begründung:

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, welche ich fordere, sollte man meinen. Die Realität sieht aber betrüblich aus, was das Demokratieverständnis so mancher Akteure rund um den Waller Beirat betrifft.

Der erste Serie antidemokratischer Vorfälle aus einem ganzen Katalog von Vergehen gegen die Gesetze und Verordnungen war das Geheimhalten der Namen der Bürgerantragsteller(innen). Dies wurde wenige Wochen nach Aufnahme meiner Arbeit in Walle „aus Datenschutzgründen“ eingeführt, offensichtlich um den gesetzlich vorgesehenen Kontakt meiner Person mit den Bürger(innen) zu unterbinden. Immerhin hat das Gericht dieses antidemokratische Verhalten beendet. Dabei war es nicht so, dass ich sofort Klage eingereicht habe. Ich versuchte ein Jahr lang durch Gespräche und Argumentation die Gegenseite zu einem Einlenken zu bewegen. Wenn jetzt verbreitet wird, dass durch meine Klage die Daten der Bürger nicht mehr geschützt sind, und diese es sich überlegen sollen, ob sie überhaupt noch Anträge stellen, kann ich dazu nur sagen, dass ich nur die langjährige Praxis wiederhaben wollte, so wie sie vor meinem Eintritt in den Beirat üblich war, und in anderen Beiratsgebieten nicht angezweifelt wurde.

Ein weiterer Punkt antidemokratischen Verhaltens ist der Ausschluss meiner Person aus dem Beirat, wie im Protokoll der Beiratssitzung vom 26. April 2017 beschrieben. Hintergrund ist eine weitere Klage von mir bezüglich eines weiteren Falles aus dem erwähnten Katalog der Rechtsverstöße. Statt mit mir sachlich darüber zu sprechen, nach Lösungen zu suchen und das Vermittlungsangebot des Herrn Dr. Korol anzunehmen, zeigte sich die Gegenseite stur und uneinsichtig. Dem Gericht gegenüber erklärt der Beiratssprecher, dass ein Abstimmungsbedarf mit **allen** Beiratsmitgliedern bestünde (siehe Anlage), lehnt meine Teilnahme an den Gesprächen aber in rechtswidriger Weise ab. Dabei ist die Gegenseite doch in der Mehrheit. Wovor hat man also Angst? Vor meinen Argumenten? Dass ich das Gesetz zitiere?

Um mit dem Aufzählen der Fälle diesen Antrag nicht zu überladen, nur noch eine Merkwürdigkeit, die sich erst am Freitag den 02. Juni 2017 anlässlich der Koordinierungssitzung manifestiert hat:

Da die Linkspartei mir in der vorherigen Koordinierungssitzung unterstellt hat, dass ich „rechtspopulistisches Gedankengut“ in meinen Mails verbreite, wollte ich das Protokoll zum Nachlesen haben. Auf Mailanfrage reagierten weder Ortsamtsleitung noch Beiratssprecher. Auf mündliche Nachfrage am 02. Juni auf der Koordinierungssitzung (Sprecherausschuss) hieß es dann unisono von Ortsamtsleitung und Beiratssprecher, dass es noch nie Protokolle der Koordinierungsrunde gegeben hätte. „ich sei nun zwei Jahre dabei, man wundere sich,

dass ich das noch nicht begriffen habe“. - Das müssen ausgerechnet diejenigen sagen, die mehr als zehnmals so lange dabei sind, es zugelassen haben, dass eine Fachausschusssitzung wiederholt werden muss, weil die Beschlussfähigkeit nicht vorlag. Die Rechtswidrigkeit wurde von keinem der Anwesenden beklagt. Nur mir als Neuling kam das komisch vor, so dass ich nach der Sitzung im Gesetz nachgelesen habe.

Komisch kam mir auch vor, dass es über die Koordinierungsrunden keine Protokolle geben soll. Also habe ich, statt vorher möglicherweise „unqualifiziert zu meckern“ nach der Sitzung nachgelesen: Und siehe da, schon wieder ein möglicher Gesetzesverstoß! Denn § 10 Absatz eins unserer Geschäftsordnung schreibt vor, dass über jede Sitzung ein Protokoll angefertigt werden muss. Dass mir das so spät aufgefallen ist, liegt daran, dass erst mit dem Vorwurf der Linkspartei gegen mich der Bedarf an einem Protokoll bestand. Sicherheitshalber habe ich bei Kollegen anderer Beiratsgebiete nachgefragt. Mir wurde bestätigt, dass anderenorts sehr wohl Protokolle der Sprecherausschüsse / Koordinierungsrunden gefertigt werden. Man hat sich sehr erstaunt gezeigt, dass es in Walle keine Protokolle gibt. Der Kollege aus der Neustadt hat mir berichtet, dass die Protokolle sehr ausführlich sind. Immerhin werden hier die Beiratssitzungen vorbereitet. Bei der Gelegenheit wurde mir eröffnet, dass es in der Neustadt etwa fünf schriftliche Bürgeranträge pro Monat gibt. In Walle seit dem Gerichtsurteil, wo das Schwärzen untersagt wird, keine mehr? Da liest sich das Schreiben (siehe Anlage) der Ortsamtsleiterin vom 31. Mai 2017 wie ein modernes Märchen. Wer es glaubt... denn dass „alle Fragen geklärt seien“, ist schlicht und ergreifend nicht wahr.

Genug der Schilderung der Einzelfälle. Wer sich ein volles Bild über die Zustände rund um den Waller Beirat und die Unregelmäßigkeiten machen möchte, dem empfehle ich die Dokumentation des ehrenwerten Dr. Martin Korol. Was der Mann mit der mittlerweile 80 MB umfassenden Dokumentation geleistet hat, ist eine Wohltat für die Förderung von Transparenz und Demokratie. Dafür, und auch für die Bereitschaft moderierend tätig zu werden, an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank.

Bremen, den 04. Juni 2017

Zwei Anlagen

G. Höns

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / www.afd-walle.de)